

# Reaktionäre Klage

## Zu Lust und Risiken des Kapitalverkehrs

Lucas Zeise

---

Warum sind die Zinsen so niedrig? Die Standardantwort auf diese Frage lautet: Die Europäische Zentralbank (EZB) hat's getan. Nicht nur hält sie den Leitzins bei null. Sie kauft im Verein mit den anderen Notenbanken des Euro-Systems laufend auf Milliardenbeträge lautende Staatsanleihen auf. Beides führt dazu, dass der Sparer ebenfalls null oder nicht nennenswerte Minizinsen erhält. Das ist die These, die von Bankern, Politikern und Journalisten gleichermaßen vertreten wird. Sie ist nicht vollkommen falsch. Aber in dieser Form extrem irreführend.

Richtig daran ist, dass die Zentralbank ihre Politik darauf ausrichtet, die Zinsen auf breiter Front niedrig zu halten. Der Leitzins von null und der massenhafte Anleihenkauf sind außergewöhnliche Maßnahmen. Es ist immer Reaktion auf die Krise, die vor zehn Jahren begonnen hat. Was wäre ohne die Nullzinspolitik geschehen? Banken und Unternehmen wären massenhaft pleite gegangen. Die Wirtschaftskrise, die 2008/2009 ohnehin zum tiefsten Produktionseinbruch der Nachkriegszeit geführt hatte, hätte in eine Abwärtsspirale geführt. In derartigen Situationen entwickeln sich die Zinsen auseinander. Weil niemand investiert und daher die Nachfrage nach Kredit gering ist, ist der Zins sehr niedrig – allerdings nur für erste Adressen, also Kapitalisten und vor allem Staaten, deren Fähigkeit, die Schulden zu bedienen, als sicher eingestuft wird. Das sind Verhältnisse, wie man sie in der Euro-Krise beobachten konnte. Griechenland musste zweistellige Zinsen bezahlen, während die für deutsche Bundesanleihen Richtung null Prozent sanken. Der Sparer hat in dieser Situation die Wahl zwischen hohem Zins bei hohem Risiko und sehr niedrigem Zins, wenn er das Geld bei einer staatlich gestützten Bank anlegt.

Die Niedrigzinspolitik der EZB hat wenig bewirkt, aber doch so viel, dass die schlechten Schuldner (Staaten und Unternehmen) überlebt haben und nun die Zinsen auf breiter Front niedrig sind. Das wiederum ärgert die deutschen Banken und Geldkapitalisten. Der Sondervorteil, den das deutsche Kapital wegen der Finanzkrise genossen hat, ist kleiner geworden. Den Klägern gegen die Politik der EZB beim Bundesverfassungsgericht geht es um diesen Sondervorteil. Sie argumentieren mit dem in den EU-Verträgen verankerten, reaktionären Staatsfinanzierungsverbot durch die Notenbank, das die öffentlichen Haushalte von Gesetzes wegen dem »freien« Kapitalmarkt unterwirft.

Geldschwemme und niedrige Zinsen sind nicht in erster Linie das Ergebnis der Politik der Notenbank. Sie sind vielmehr Resultat mehrerer Jahrzehnte neoliberaler Politik, die den Überschuss an Geldkapital hervorgerufen und die Grundlagen für den Crash vor zehn Jahren und die dauernde Wirtschaftskrise gelegt hat. Die Notenbanken haben ihren Anteil daran. Sie hätten auch damals nicht die Zinsen allgemein höher setzen sollen, sondern den Finanzmarkt regulieren müssen. Das wäre auch aktuell die angemessene Reaktion auf die Krise.

---

<https://www.jungewelt.de/artikel/316646.reaktionäre-klage.html>